

LEUTE



Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident **Henndrik Wüst** (46, CDU, Foto: dpa) hat Hilfszulieferungen für die von Russland attackierte Ukraine

angekündigt. Derzeit werde geprüft, welche Hilfsgüter zügig zusammengestellt werden könnten, sagte er am Donnerstag in Düsseldorf. Darüber hinaus stehe für ihn fest: „Wenn Menschen auf der Flucht vor Krieg Hilfe in Deutschland suchen, steht Nordrhein-Westfalen bereit.“ Derzeit werde eine Abstimmung mit der Bundesregierung gesucht. „Wir werden die für die Flüchtlingsaufnahme zuständigen Städte und Gemeinden unterstützen. Hier müssen alle staatlichen Ebenen zusammenwirken.“ Er habe sich auch bereits mit den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen über die Lage ausgetauscht. „In Zeiten wie diesen, in denen die Friedensordnung in Europa angegriffen wird, müssen wir parteiübergreifend zusammenstehen und gemeinsam für unsere Werte einstehen.“ Die Ukraine habe „das Recht, ein freies, demokratisches und selbstbestimmtes Land zu sein“. (dpa)

KURZ NOTIERT

Solidaritätskundgebung für die Ukraine

**AACHEN** In Aachen hat am Donnerstagabend eine Solidaritätskundgebung stattgefunden, zu der die Aachener SPD aufgerufen hat. Die Stadt Aachen ruft in einem breiten Bündnis mit den politischen Parteien und dem DGB NRW Südwest dazu auf, Solidarität mit den Menschen in der Ukraine zu zeigen. Am Freitag, 25. Februar, um 17 Uhr wird dazu am Markt vor dem Rathaus eine Solidaritätskundgebung für die Ukraine stattfinden. (red)

Rund 29.000 Ukrainer leben in NRW

**DÜSSELDORF** Knapp 54.000 Russen und gut 29.000 Ukrainer leben in Nordrhein-Westfalen. Das teilte das Statistische Landesamt IT.NRW am Donnerstag auf der Grundlage des Ausländerzentralregisters mit. Stand ist der 31.12.2020. Besonders beliebt bei beiden Nationalitäten ist dabei die Landeshauptstadt Düsseldorf: Sie beherbergt nach den Zahlen knapp 5300 Russen und 3800 Ukrainer. (dpa)

Russland ist kleiner Handelspartner von NRW

**DÜSSELDORF** Russland und die Ukraine sind aus Sicht der nordrhein-westfälischen Wirtschaft derzeit eher kleine Handelspartner – woran auch die Sanktionen nach der russischen Krim-Annexion 2014 einen Anteil haben. Mit Exporten im Wert von 3,9 Milliarden Euro (2021) in die russische Föderation belegt das Land nur Platz 15 in der NRW-Außenhandels-Rangfolge, die Ukraine liegt mit 685 Millionen Euro im vergangenen Jahr auf Rang 41, wie das Statistische Landesamt IT.NRW am Donnerstag auf Nachfrage mitteilte. Wichtigster NRW-Außenhandelspartner sind mit Abstand die Niederlande. (dpa)

Karnevalsmusik im Radio gestoppt

**KÖLN** Karneval und Krieg: Auch ein Spagat für die Medien. Der Lokalsender Radio Köln änderte am Donnerstagmorgen sein Programm und sendete seit 8.00 Uhr keine Karnevalsmusik mehr. Auch der öffentlich-rechtliche Radiosender WDR4 änderte sein Programm, spielte Pop statt Stimmungsmusik. Das WDR-Fernsehen setzte zunächst weiter auf Karneval – wobei die (nicht verkleideten) Moderatorinnen die Problematik klar benannten. Nach drei Stunden wurde die TV-Sondersendung dann aber vorzeitig beendet. (dpa)

KRIEG IN DER UKRAINE - REAKTIONEN AUS DER REGION

„Die Welt hat sich über Nacht verändert“

Auf europäischem Boden wird Krieg geführt. Reaktionen aus der Region auf die russische Invasion der Ukraine.

**Tim Grüttemeier**, Städteregionsrat (CDU): „Die Welt hat sich über Nacht verändert. Wir erleben Krieg in Europa – eine Situation, die wir dauerhaft überwunden glauben und die uns große Sorge macht. Der Angriff auf einen souveränen Staat ist der schlimmste Bruch des Völkerrechts. Hier muss aus meiner Sicht die Staatengemeinschaft eine klare und entschlossene Haltung gegenüber Russland finden. Hier reicht es nicht aus, Dinge einfach nur zu verurteilen, sondern es ist wichtig, ein Zeichen der Stärke zu setzen. Hierbei darf man sich nicht von wirtschaftlichen Interessen lenken lassen. Unsere Gedanken sind bei den Menschen in der Ukraine, die um ihr Leben und um ihre Heimat fürchten. Die Lage ist derzeit noch zu unübersichtlich. Klar ist für mich aber: Wenn es Menschen in akuter Not gibt, und hierzu zählen Kriegsflüchtlinge wie kaum eine andere Gruppe, dann muss die Städteregion ein sicherer Rückzugsraum sein. Sollte diese Situation tatsächlich eintreten, werden wir selbstverständlich unseren Beitrag leisten.“

**Dietmar Nietan** (SPD), Dürener Bundestagsabgeordneter und für die SPD im Auswärtigen Ausschuss zuständig für das Thema Ukraine: „Wer im 21. Jahrhundert in Europa anderen Staaten das Existenzrecht abspricht, gewaltsam Grenzen verschiebt und zu verschieben versucht, ist ein Kriegsverbrecher. Dieser Gewaltakt wird für den Diktator und leider auch für das russische Volk einen hohen Preis haben. Doch es ist allein Putins Krieg. Die Menschen in Russland sind nicht unsere Feinde. Lassen wir uns nicht auf die Logik der Feindschaft ein. Nicht nur nach außen, auch im eigenen Land operiert Putin mit Druck und Gewalt. Bleiben wir also an der Seite derjenigen Russinnen und Russen, die sich gegen den Krieg und für Demokratie, Frieden und gute Nachbarschaft in Europa aussprechen.“

**Oliver Krischer** (Grüne), parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium: „Putin bricht mitten in Europa die elementarsten Regeln des Zusammenlebens. Putin allein trägt die Verantwortung für Mord und Zerstörung, die jetzt geschehen. Die Bundesregierung wird sich mit ihren Partnern in EU und Nato seinem Versuch entgegenstellen, Grenzen zu verändern und Staaten von der Landkarte zu entfernen. Wir stehen solidarisch an der Seite des ukrainischen Volkes, das jetzt unermessliches Leid ertragen muss. Mein Mitgefühl haben die Menschen in der Ukraine, aber auch in Russland, die unter der Aggression und der Diktatur Putins leiden. Die Bundesregierung hat und wird alle Maßnahmen ergreifen, um die Versorgung mit Energie in Deutschland sicherzustellen.“

**Ye-One Rhie** (SPD), Aachener Bundestagsabgeordnete: „Es macht



„Der Krieg ist wieder da“: Wie reagieren die Menschen in unserer Region auf das Geschehen in der Ukraine? FOTO: DPA

mich fassungslos, mit welcher Willkür und Rücksichtslosigkeit Putin Frieden und Menschenleben aufs Spiel setzt. Für meine Generation ist dieser Tag eine Zäsur. Er zeigt uns, dass Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit ist. Es ist unsere Verpflichtung, jeden Tag auf Neue für den Frieden zu arbeiten. Unsere Gedanken und Solidarität gehören den Menschen, die sich nach Demokratie und Frieden sehnen. Gerade in der Ukraine. Ich stehe voll und ganz hinter der Politik der Bundesregierung. Ich bin mir sicher, dass sie zügig und entschlossen handeln und durchgreifen wird.“

**Jürgen Linden**, Vorsitzender des Karlspreis-Direktoriums: „Dieser Krieg ist endlich, natürlich in erster Linie für die betroffene Bevölkerung. Aber es reicht noch weit darüber hinaus. Dieser Krieg bedroht auch die Europäische Union. Es ist ein Ziel Putins, unsere Gemeinschaft zu destabilisieren. Es zeichnet sich eine Lage ab, wie sie seit 1945 nicht wieder existiert hat. Ich finde es gut, dass die Europäische Union und insgesamt der Westen stabil zusammenstehen und gemeinsame Stärke zeigen. Geopolitisch gesehen haben wir aber durchaus Schwächen, die Putin offenlegt. Wir haben immer, wenn wir über die internationale Politik sprechen, die Verteidigungspolitik und die militärische Komponente ausgeklammert, auch wir im Karlspreis. Wir müssen aber, zumindest mit dem Blick auf unsere eigene Verteidigung darüber intensiver sprechen. Ich hoffe, dass jetzt der Westen und die EU das größte Sanktionspaket herausholen, das Russland treffen muss. Ich hoffe mit Blick auf den Karlspreis, den wir im Mai den belar-

russischen Oppositionellen Swetlana Tichanowskaja, Veronica Tsepka und Maria Kalesnikava für ihren mutigen Einsatz gegen ein brutales und autoritäres Regime verleihen, dass dieses Sanktionspaket auch Belarus trifft. Denn Präsident Lukaschenko ist an diesem Krieg beteiligt. Die Raketenangriffe sind diese Nacht auch aus Belarus erfolgt. Von daher ist alles zwischen ihm und Putin abgesprochen, und wir müssen den Karlspreis nutzen, das deutlich zu machen.“

**Armin Laschet** (CDU), Aachener Bundestagsabgeordneter: „25 Jahre nach dem Balkankrieg herrscht wieder Krieg in Europa. Gut, dass der Bundeskanzler am Sonntag eine Regierungserklärung im Deutschen Bundestag abgibt. Nicht nur die Europäische Union, nicht nur die G7, nicht nur die Nato, sondern auch die demokratischen Parteien müssen jetzt zusammenstehen. Der heutige Tag hat vieles verändert. Wir müssen jetzt unsere Verteidigungspolitik, unsere Energiepolitik, unsere Rüstungsexportpolitik und unseren Blick auf internationale Fragen überprüfen und neu ausrichten.“

**Wolfgang Spelthahn** (CDU), Landrat des Kreises Düren: „Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht. Ich habe mir nicht vorstellen können, dass es nur zwei Flugstunden von uns entfernt zu einer solchen kriegerischen Auseinandersetzung kommen könnte. Darüber bin ich tief betroffen. Nun müssen alle denkbaren und möglichen Optionen für Sanktionen genutzt werden. Der Westen muss eng zusammenstehen, auch wenn ich nicht dafür bin, militärisch zu antworten.

Angst macht mir, dass es mit Wladimir Putin einen Aggressor gibt, der Krieg für ein geeignetes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele hält. Ich hoffe, dass dieses Denken schnell überwunden wird.“

**Ulrich Rüdiger**, Rektor der RWTH Aachen: „Die RWTH ist ein Ort gelebter Internationalität. Wir teilen das Entsetzen aller demokratischen Kräfte über den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine. Unser Mitgefühl gilt den Menschen vor Ort und dabei auch den Forschenden, Lehrenden und Studierenden. In besonderer Beziehung steht die RWTH zu den Hochschulen in den ukrainischen Städten Kiew, Lwiw, Pokrovski und Kharkiw, aber auch zu russischen Universitäten wie der Moskauer Lomonossov, mit denen Kooperationen geschlossen wurde.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler demonstrieren im Zuge der Covid-19-Pandemie muterfüllt neue Formen der multilateralen Zusammenarbeit, wie auch die UNESCO bestätigte. Es ist zu befürchten, dass solch eine Kultur der Open Science im künftigen Umgang mit Russland und auch der Ukraine stark gefährdet ist.“

**Andrej Hunko** (Die Linke), Aachener Bundestagsabgeordneter: „Das ist ein ganz schwarzer Tag für den Frieden in Europa. Der Angriff Russlands macht mich fassungslos und hilflos, er ist ein klarer Bruch des Völkerrechts und absolut bitter für die Menschen in der Ukraine, denen meine ganze Solidarität gehört. Nach meinen Gesprächen in Moskau vor zwei Wochen bin ich vorsichtig optimistisch zurückgefahren und hätte diese Eskalation bis zum Schluss nicht erwartet. Ich habe Ver-

ständnis für die Sicherheitsbedenken Russlands, aber nicht für das nationalistische Konzept, das Putin in seiner Rede vom Montag propagiert hat. Was nun passiert? Keiner weiß es. Jetzt regiert die Logik der Eskalation. Die beschlossenen Sanktionen werden Putin wenig beeindruckt. Auch wenn es mir heute schwerfällt zu sagen: Am Ende gibt es keine Alternative zur Diplomatie.“

**Elke Seefried**, Professorin für Geschichte der Neuzeit am Historischen Institut der RWTH Aachen: „Der heutige Tag ist eine Zäsur für die europäische Geschichte. Die Friedensordnung von 1990 ist nun militärisch attackiert worden. 1990 hatte die Charta von Paris eine neue friedliche Ordnung in Europa nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Ende des Kalten Krieges verkündet. In Europa herrschte die Erwartung vor, dass eine neue Friedenszeit aufbrechen. Diese Erwartung war bereits in den Jugoslawienkriegen der 1990er Jahre geschwunden, und doch hat dieser Angriff Russlands eine neue (bedrohliche) Qualität. Die Historikerinnen und Historiker werden ergründen, wie und warum die europäische Ordnung von 1990 erodierte.“

**Michael F. Bayer**, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen: „Eine friedliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit ist Basis unserer Gesellschaft und damit auch Grundlage unserer Wirtschaft. Nun ist der diplomatische Dialog mit Russland gescheitert. Meine Hoffnung ist, dass unter anderem wirtschaftliche Sanktionen wieder zurück an den Verhandlungstisch führen.“

**Helmut Dieser**, Bischof von Aachen: „In dieser Situation müssen wir uns auf die unaufgebbar europäischen Werte besinnen, die unser Zusammenleben in der Europäischen Union bestimmen: Demokratie, freiheitlicher Rechtsstaat, Meinungsfreiheit, Selbstbestimmung, Vertragsfreiheit und Vertragssicherheit, Unversehrtheit der Grenzen, Religionsfreiheit. Es muss unser politisches Ziel sein und bleiben, diese Werte zu verteidigen und sie auch allen anderen Ländern zugestehen, die sich in freier Selbstbestimmung dafür entscheiden. Deshalb muss die Aggression des russischen Präsidenten gegen die Ukraine, ohne dabei selbst zu kriegerischen Mitteln zu greifen, mit der vollen diplomatischen und wirtschaftlichen Stärke der demokratischen Länder abgewehrt und schließlich überwunden werden. Alles muss darauf abzielen, den von Russland entfachten Krieg schnellstmöglich zum Erliegen zu bringen und weitere Eskalationen zu verhindern. Das unsägliche Leid der Menschen in der Ukraine darf niemanden gleichgültig lassen.“

GASTBEITRAG

Der Kalte Krieg ist in der Weltwahrnehmung Putins noch präsent

Der Westen hat die Bedrohungswahrnehmung der russischen Seite wie überhaupt sicherheitspolitische Aspekte internationaler Beziehungen zu lange zu wenig beachtet. Man hat sich darauf verlassen, dass Diplomatie und wirtschaftliche Interessen schon friedenserhaltend wirken werden, und hat unterschätzt, welche Rolle Bedrohungsängste der Eliten (im Fall Russlands hinsichtlich der Nato-Erweiterung und der Demokratisierung Osteuropas), Ideologie und militärische Machtmittel immer noch spielen. Das gilt für die Politik ebenso wie für die Wirtschaft und die

Gesellschaft als Ganzes. In diesem Sinne ist der Ukraine-Krieg eine Art Schockerlebnis, das hoffentlich zu größerem Realitätssinn im Hinblick auf Sicherheits- und Verteidigungspolitik führt. Der Kalte Krieg ist in der Weltwahrnehmung Putins und seiner Entourage tatsächlich noch präsent. Was gerade passiert, ist letztlich die Neuaufgabe der Brezhnev-Doktrin: Es wird eine Einflusszone abgesteckt, in der Russland das alleinige Sagen haben soll und auch den außenpolitischen Handlungsspielraum und letztlich auch das politische System der Vassallenstaaten bestimmt. Und der Westen, also Nato und EU, soll die

Einflusszone gefälligst akzeptieren und sich nicht einmischen. Was sich geändert hat, ist letztlich nur die formale Begründung des russischen Hegemonialanspruchs: Damals war es die Verteidigung des Sozialismus, heute der russischen Minderheiten in den Nachbarstaaten. In beiden Fällen wird aber die



Ralph Rotte

Eigenständigkeit und Souveränität der Nachbarstaaten angezweifelt und das taktisch-operativ offensive militärische Vorgehen als strategisch defensiv, quasi als Notwehr dargestellt. So oder so steht die Ukraine aber letztlich alleine da, mit all den humanitären und moralischen Problemen, die es mit sich bringt, wenn man faktisch dem rücksichtslos konsequenten Vorgehen eines gewaltbereiten Akteurs zusehen muss, um Schlimmeres zu vermeiden. Ich fürchte, die Ukraine von 2022 ist das Ungarn von 1956. Die Ukraine-Krise demonstriert, wie schwach die Europäer tatsächlich in der Sicherheitspolitik aufgestellt und wie ab-

hängig sie von der Unterstützung der USA sind. Das liegt auch an den Versäumnissen nicht zuletzt Deutschlands seit dem Ende des Kalten Krieges. Ich gehe davon aus, dass Präsident Macrons Traum von der ‚souverainité européenne‘ virulenter ist denn je. Aber die Aussichten auf seine Realisierung – mit dem notwendigen Revival der Nato und der offenbaren Schwäche der EU hinsichtlich der Fähigkeit, sich selbst zu verteidigen zu können – sind in noch weitere Ferne gerückt.“

.....

Ralph Rotte ist Politikwissenschaftler und Professor für Internationale Beziehungen an der RWTH. politik@medienhausaaachen.de